



**Geschäftsführung
Bezirksvertretung 3 (Lindenthal)**

Herr Schmitz

Telefon: (0221) 221-93313
Fax : (0221) 221-93308
E-Mail: manfred.schmitz@stadt-koeln.de

Datum: 04.05.2016

**Auszug
aus dem Entwurf der Niederschrift der 15. Sitzung der
Bezirksvertretung Lindenthal vom 02.05.2016**

öffentlich

**9.2.1 Elektronischer Versand der Sitzungsunterlagen
Überführung des Evaluationsbetriebes in den Echtbetrieb**

**- vertagter TOP 9.2.6 vom 07.03.2016 -
3516/2015**

**Zusätzlich: Ergänzungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/0835/2016**

**Zusätzlich: Beantwortung einer mündlichen Anfrage aus der Sitzung
der Bezirksvertretung Lindenthal am 07.03.2016
1463/2016**

Im Namen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen verweist Herr Schüler auf den eingereichten Ergänzungsantrag und die umfangreiche Begründung dazu.

Herr Hilgers (SPD) schlägt vor, den Beschlussentwurf des Ergänzungsantrages in folgenden Punkten zu konkretisieren bzw. zu ergänzen:

Zu 1. Die Verwaltung soll prüfen, ob ausreichend sichere fair gehandelte Tablets beschafft werden können, ebenso wie die städtischen Unterlagen mit unterschiedlichen Betriebssystemen bearbeitet werden können.

Zu 3. Die Neueinführung eines technisch und ökologisch zeitgemäßen Systems darf nicht zusätzliche Kosten für die Ehrenamtler mit sich bringen.

Zu 4. Zumindest die Mitglieder der anderen von der Bevölkerung gewählten Gremien, nämlich die Seniorenvertretungen und der Integrationsrat sowie der Rahmenplanungsbeirat Braunsfeld/Müngersdorf/Ehrenfeld müssen gleich behandelt werden und entsprechend mit Tablets ausgestattet werden.

Herr Nettesheim (CDU) hofft, dass die Verwaltung bei der Einführung eines einheitlichen Systems die Anregungen der Bezirksvertretung Lindenthal berücksichtigen kann. Er hält allerdings eine mindestens dreimonatige Erprobungsphase für unverzichtbar und beantragt eine entsprechende Ergänzung des Beschlussentwurfes.

Auch hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

Herr Blümel (FDP) beantragt, über die einzelnen Punkte getrennt voreinander abzustimmen.

Die Bezirksvertretung Lindenthal fasst folgenden **geänderten Beschluss**:

1. Beschluss (Ergänzungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Punkt 1):

Die Verwaltung soll prüfen, ob ausreichend sichere fair gehandelte Tablets beschafft werden können, ebenso wie die städtischen Unterlagen mit unterschiedlichen Betriebssystemen bearbeitet werden können.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt.

15 Ja-Stimmen (5 CDU, 5 Grüne, 4 SPD, 1 Die Linke)
4 Nein-Stimmen (2 CDU, 1 FDP, 1 Einzelmandatsträger)

Die Bezirksvertretung fasst folgenden Beschluss:

2. Beschluss (Ergänzungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Punkt 2):

Es wird sichergestellt, dass alle wesentlichen relevanten Unterlagen für die Arbeit der Bezirksvertreter/innen diese auch erreichen und sie informiert werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Die Bezirksvertretung Lindenthal fasst folgenden **ergänzten Beschluss**:

3. Beschluss (Ergänzungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Punkt 3):

Es sollte eine Regelung für die Menschen geben, die bisher offline leben und dies auch weiterhin möchten, zugleich aber die Unterlagen digital am eigenen häuslichen Schreibtisch oder unterwegs bearbeiten möchten. **Die Neueinführung eines technisch und ökologisch zeitgemäßen Systems darf nicht zusätzliche Kosten für Ehrenamtler mit sich bringen.**

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Die Bezirksvertretung Lindenthal fasst folgenden **geänderten Beschluss**:

4. Beschluss (Ergänzungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Punkt 4):

Der Kreis der Personen, die ein Tablet erhalten, muss über die stimmberechtigten Mandatsträger hinaus erweitert werden. **Zumindest die Mitglieder der anderen von der Bevölkerung gewählten Gremien, nämlich die Seniorenvertretungen und der Integrationsrat sowie der Rahmenplanungsbeirat Braunsfeld/Müngersdorf/Ehrenfeld müssen gleich behandelt werden und entsprechend mit Tablets ausgestattet werden.**

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Die Bezirksvertretung Lindenthal fasst folgenden **ergänzten Beschluss**:

5. Beschluss (Ergänzungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Punkt 5):

Eine mindestens dreimonatige Erprobungsphase ist vorzusehen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Die Bezirksvertretung Lindenthal fasst folgenden **geänderten Beschluss**:

6. Beschluss (Ergänzungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – gesamt):

1. Die Verwaltung soll prüfen, ob ausreichend sichere fair gehandelte Tablets beschafft werden können, ebenso wie die städtischen Unterlagen mit unterschiedlichen Betriebssystemen bearbeitet werden können.

2. Es wird sichergestellt, dass alle wesentlichen relevanten Unterlagen für die Arbeit der Bezirksvertreter/innen diese auch erreichen und sie informiert werden.

3. Es sollte eine Regelung für die Menschen geben, die bisher offline leben und dies auch weiterhin möchten, zugleich aber die Unterlagen digital am eigenen häuslichen Schreibtisch oder unterwegs bearbeiten möchten. **Die Neueinführung eines technisch und ökologisch zeitgemäßen Systems darf nicht zusätzliche Kosten für Ehrenamtler mit sich bringen.**

4. Der Kreis der Personen, die ein Tablet erhalten, muss über die stimmberechtigten Mandatsträger hinaus erweitert werden. **Zumindest die Mitglieder der anderen von der Bevölkerung gewählten Gremien, nämlich die Seniorenvertretungen und der Integrationsrat sowie der Rahmenplanungsbeirat Braunsfeld/Müngersdorf/Ehrenfeld müssen gleich behandelt werden und entsprechend mit Tablets ausgestattet werden.**

5. Eine mindestens dreimonatige Erprobungsphase ist vorzusehen.

Abstimmungsergebnis

Einstimmig zugestimmt.

13 Ja-Stimmen (3 CDU, 5 Grüne, 4 SPD, 1 Die Linke)
6 Enthaltungen (4 CDU, 1 FDP, 1 Einzelmandatsträger)

7. Beschluss (Vorlage):

Die Bezirksvertretung Lindenthal empfiehlt dem Rat, **unter der Maßgabe, dass die von der Bezirksvertretung Lindenthal beschlossenen Ergänzungen berücksichtigt werden**, folgenden **Beschluss** zu fassen:

Der Rat beschließt, den Ratsmitgliedern, den Mitgliedern der Bezirksvertretung und den stimmberechtigten Sachkundigen Bürgerinnen und Bürgern, anstelle von Papierunterlagen den digitalen Zugriff auf die Sitzungsunterlagen mittels mobilen Endgeräten anzubieten.

Alle weiteren beratenden Mitglieder sollen die Möglichkeit erhalten, mit ihren Privatgeräten über eine Weblösung auf die Sitzungsunterlagen zugreifen zu können.

Die vom Rat entsandten Mitglieder in den Aufsichtsräten der städt. Beteiligungsgesellschaften sollen bei Vorliegen einer einheitlichen technischen Zugriffsmöglichkeit nur ein mobiles Endgerät erhalten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.